

HELMUT BOCK

Die Russische Revolution 1917 – »Kriegskind des 20. Jahrhunderts«

Immer und überall droht dem Nachdenken über Geschichte die Gefahr der geistigen Selbstausslieferung an heutige oder gestrige »Traditions«-Macher: an Sachwalter von rein politischen Interessen, die ihre »Traditionen« aus der Geschichte herleiten – zumeist durch willkürliche Auswahl, Deutung, Aktualisierung. Mit anderen Worten: Es gibt subjektive Vorgänge, bei denen Ereignisse, Ideen und Taten der Vergangenheit gemäß aktuell-politischer Strategien rezipiert, durch die jeweils herrschende Traditionspflege aber auch zurechtgebogen werden.

Von Wert ist dagegen ein anderes: die Arbeit mit dem Begriff »historisches Erbe«. Er bezieht sich auf alles, was objektiv in der Geschichte existiert und – wie auch immer – als Wirkungskraft auf den Gang der Menschheit einen Einfluß gewonnen, das Leben der Zeitgenossen wie der Nachgeborenen geprägt hat. Der Begriff des objektiv historischen Erbes könnte geeignet sein, die Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den einstigen Bedingungen und Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch historisch-konkrete Reproduktion und Darlegung zu erinnern. 80 Jahre nach der Russischen Revolution wäre demnach *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Akteure des Jahres 1917 unter dem Zwang von bis dahin niemals erlebten Verheerungen tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

Die forschende Analyse und Interpretation – die Voraussetzung des historisch begründeten Erinnerns – erfolgt freilich nicht ohne die weltpolitischen Erfahrungen, die allen Generationen seit damals zugewachsen sind. Dieses heutige Wissen, das mit seinen unterschiedlichen Parteinahmen, auch seinen Ernüchterungen wiederum stark eingefärbt ist, kann nun ebenfalls dazu verleiten, die geschichtliche Rückschau subjektiven Beeinträchtigungen auszusetzen. Die Revolution von 1917, betrachtet durch die Brille der Verächter antikapitalistischer Alternativen oder gar der früheren Konter-Revolutionäre und ihrer bewußten Nachfahren, erscheint als Büchse der Pandora, aus der die fundamentalen Irrtümer, die gesellschaftlichen Krankheiten und Verbrechen unseres Jahrhunderts gekommen seien. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so nämlich heißt das Konstrukt, wonach der Charakter des Zeitalters von 1917 bis 1990 einzig zu erklären sei.

Doch da sind auch die Millionen der tatsächlich Enttäuschten,

Helmut Bock – Jg. 1928,
Historiker, Prof. em. Dr. phil.
habil., Berlin.

Der vorliegende Text ist die redigierte und mit Literaturangaben ergänzte Fassung des Beitrages, der für einen Reader der Marx-Engels-Stiftung e. V., Wuppertal, geschrieben wurde und voraussichtlich im Verlag Pahl-Rugenstein ebenfalls publiziert wird. Der Verfasser möchte betonen, daß er sich hier nur zu den Ursachen und dem unmittelbaren Verlauf der Russischen Revolution, nicht aber zu ihren Weltwirkungen äußern kann.

der Resignativen. Vormal's Tätige oder Sympathisierende der sozialen Revolution, empfinden sie sich nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus. Selbst ethische Sozialisten, die vom ideellen Gebot der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« eine historische »Sackgasse«, die keine sonderliche Erinnerung, jedenfalls keine Würdigung als ein weltgeschichtlich überdauerndes Ereignis und Datum verdient.

Es bleibt dennoch die Frage, ob somit die ganze Russische Revolution als ein politisch-soziales Ereignis erledigt, das Jahr 1917 als eine Zäsur der Weltgeschichte aus dem Gedächtnis zu löschen ist. Denn die konkrete Historie zeigt mehr als den Gegensatz von Demokratie und Totalitarismus, die gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen böseartig verfälscht sind. Die realistische Retrospektive offenbart, daß die erste Hälfte des Jahrhunderts, zumindest seit 1914, eine Epoche nie dagewesener Kriege und zunehmend weltumspannender Vernichtungen war. Und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war »der Schoß, aus dem das kroch«. Schon der Erste Weltkrieg war eine von kapitalistischen Staaten verschiedener Wachstumsgrade bewirkte – um nicht zu sagen: verschuldete – Völkerkatastrophe.

Ursachen und Wirkungen erscheinen unter diesem Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt. »Revolution war das Kriegskind des 20. Jahrhunderts: Besonders die Russische Revolution von 1917 [...]. Die Revolution, die schließlich alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte, war ein Aufstand gegen den Krieg.« So urteilt der britische Historiker E. Hobsbawm in seiner Jahrhundertbilanz »Das Zeitalter der Extreme«.¹

Man befrage die hinterlassenen Zeugnisse der Vorkriegszeit um 1900, als die führenden Nationalstaaten konstituiert waren und das große Kapital begonnen hatte, sich in Monopolvereinigungen der Industrie und der Banken zu konzentrieren. Schon seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert, ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Zumal Deutschlands arroganter Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles legte das Schlangenei, aus dem ein ganz neues Unheil erwuchs. Bismarcks Reichsgründungsakt und der Annexionsfriede von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das düstere Menetekel des Weltkriegs herauf. In steigender Sorge beobachtete die geistige Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie, den die Wachstumsfanatiker einen unaufhaltsamen »Fortschritt« nennen, hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde Entwicklung begonnen: eine nie endende Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

Das war die Welt, in der sich die Parteien der arbeitenden Klasse formierten, um mit der sozialen Emanzipation auch eine frie-

1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995, S. 78 und 93.

denpolitische Befreiung herbeizuführen. Marx und Engels, die bevorzugten Köpfe der Arbeiterbewegung des alten Jahrhunderts, hatten in ihrer Frühzeit den großen Staatenkrieg durchaus für die »Weltrevolution« und den zukünftigen »Weltfrieden« in Kauf nehmen wollen. Seit 1870/71 aber wirkten sie mit aller Entschiedenheit gegen jeden der europäischen Kriege. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg »unser größtes Unglück« sei. Der kommende Weltkrieg war die schlimmste Befürchtung des alten Engels gegen Ende seines Lebens in London. Dafür zeugt ein Text von nahezu alttestamentlicher Prophetie [1887]: »Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, ... Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzen über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt [...].² Angesichts solcher Vernichtungen müßten die »Sozialisten in allen Ländern für den Frieden« sein. Sonst würden gerade die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, »sich gegenseitig abzuschlachten«.³ Gewiß stand die sozialistische Revolution nach wie vor im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen. Doch ein Weltkrieg, den die machthabenden Regime verantworteten, war keinesfalls der Preis, den die Marxisten für die Emanzipation des Proletariats zu zahlen wünschten.

Auch Menschen des Bürgertums negierten Imperialismus und Militarismus, indem sie auf Friedenskongressen, Interparlamentarischen Konferenzen, nationalen und internationalen Kundgebungen den modernen Pazifismus gegen den Moloch des modernen Krieges vertraten. »Die Waffen nieder!« hieß ihre bündige Losung. Als aber Bertha von Suttner, die den pazifistischen Streiruf erdachte und vorlebte, im Jahr 1906 vor dem Nobel-Komitee des Storthing in Kristiania die Weltlage reflektierte, erblickte sie alles andere als die gewünschte Achtung des Friedens und des obersten der Menschenrechte – des Rechts auf Leben, das doch in der vielzitierten Deklaration von 1789 vom emporsteigenden Bürgertum garantiert worden war. Sie sah die Menschenschlächterei des russisch-japanischen Krieges und als Folge die Revolution von 1905. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie chauvinistische Hetze, Säbelgerassel und Rüstungen überall. »Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.« Auf der gesamten Erde: Brände, Raub, Bomben, Hinrichtungen, Massaker – »eine Orgie des Dämons Gewalt«. Die Verallgemeinerung lautete: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut.«⁴ Das Reformstreben der Pazifisten, das seiner

2 Friedrich Engels: Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre »Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807«], in: Marx-Engels, Werke, Bd. 21, S. 350-351.

3 Derselbe: Der Sozialismus in Deutschland, ebenda, Bd. 22, S. 256; Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, ebenda, Bd. 21, S. 344.

4 Bertha von Suttner: Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storthing zu Christiania am 18. April 1906 [abgedr. bei B. Kempf: Bertha von Suttner. Das Lebensbild einer großen Frau, Wien 1964, S. 180-184].

Tendenz nach auf einen Völkerbund oder gar Vereinte Nationen abzielte, wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Deshalb zählte die Suttner zu den Gestalten, auf die ihre Hoffnungen gerichtet waren, nicht nur Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, sondern auch Sozialisten der Zweiten Internationale. Sie empfahl den bürgerlichen Friedensgesellschaften eine andere, weit größere Bewegung als möglichen Verbündeten: jene »Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des Volkes, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht«.⁵

5 Dieselbe: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Dresden-Leipzig 1892, S. 305.

Es wäre ein Leichtes, die häufigen Friedensresolutionen der Zweiten Internationale an dieser Stelle nachzubeten. Von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Vorkriegs-Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Dafür mögen die enttäuschten Erwartungen zeugen, die sogar aus dem Bürgertum kamen. Die erste Nobelpreisträgerin des Friedens beispielsweise verstarb eine Woche vor den Schüssen von Sarajevo mit vergeblichem Glauben an die Zuverlässigkeit der Arbeiterbewegung: »[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, daß sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.«⁶ Wie jeder weiß, erfüllten die Führer der Zweiten Internationale das bislang selbst in Anspruch genommene Vertrauen nicht. Jean Jaurés fiel in Paris als ein Märtyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber reckten die Kriegsstandarten und gaben ihr Jawort, so daß die »Proletarier aller Länder« – nicht sich vereinigten.

6 Dieselbe: Tagebuchnotiz vom 14. Mai 1914, zit. nach: Sigrid u. Helmut Bock: Bertha von Suttner - Arbeiter für den Frieden, in: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, Berlin 1990, S. 458.

Es gelang sämtlichen kriegtreibenden Regierungen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Parteipresse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu zwingen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen dazu auf, die bürgerlichen Freiheiten gegen die »halbfeudalen Monarchien« Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstrompete bliesen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Die Deutschen und die Österreicher indessen erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Argument als »marxistisch« ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Revolution noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen – und als solche galt immer nur die des eigenen Landes. Der Verrat an Idee und Beschlüssen des proletarischen Internationalismus riß die erste, kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit versäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf selbst die schlimmsten Erwartungen und Voraussagen. Niemals zuvor ver-

zeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Das chauvinistische Wechselgeschrei der »Vaterlandsverteidigung«, die blutigen Massenszenen der »Generaloffensiven«, die verheerenden Trommelfeuer der »Materialschlachten« beherrschten das vordergründig sichtbare Geschehen. Das ganze Elend der Individuen und der Völker aber blieb nur in einer lautlos wachsenden Statistik überschaubar: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungertes, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviele Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit der Französischen Revolution von 1789. Die unfassbaren Menschenopfer, der Milliardenverlust an Produktivkräften, materiellen Gütern und unwiederbringlichen Kulturschätzen, die zur gegenseitigen Abschachtung erniedrigten menschlichen Beziehungen – dies alles war Resultat der Politik von sogenannten zivilisierten Staaten. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Wen mag es verwundern, wenn Alternativdenker damals von einer ganz anderen »Sackgasse« sprachen – von der tödlichen Zwangslage, den barbarischen Abgründen, in welche die Großmächte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts nunmehr die Menschheit hineindirigiert hatten?

Doch am 23. Februar des Julianischen Kalenders, dem 8. März 1917, eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: »Brot!« – »Nieder mit der Selbstherrschaft!« – »Schluß mit dem Krieg!« Nach sechs Tagen anhaltender Massenunruhen in Petrograd standen auch 127.000 Soldaten, mehrheitlich Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Frauen und Mütter, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die regionale Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und ebendas machte den Volkswiderstand zur siegreichen Revolution. Der Abdankung Nikolaus II. folgte der Thronverzicht seines Bruders und an demselben 2. März die Bildung der bürgerlichen, aber noch Provisorischen Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit ihren Füßen erstritten. Der hauptstädtische Februaraufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber kräftigen Widerhall fand, entsprang dem brisanten Gemenge von sozialen, mentalen, politischen Konfliktstoffen – zur Explosion getrieben durch die Zwangsmittel der zaristischen Kommandogewalten und die provozierend sinnwidrige Scharfmacherei der Durchhaltestrategen des fast schon verlorenen Krieges.

Jetzt schien die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie berufen, über des Volkes Schicksal, vor allem den aktuellen Urgrund des Elends, den Krieg, zu entscheiden. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit den Sozialdemokraten-Menschewiki und den agrarpolitisch orientierten Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets abgestimmt hatte, »die Kriegsfrage« – wie Zeitgenossen berichten –

»mit völligem Stillschweigen übergangen« wurde. Die neuen Minister, die überdauernden Armeeeoberbefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und den weiteren Volksversammlungen vorbehalten, bereits Anfang März eine sofortige »Beendigung des Krieges ohne Annexionen und Kontributionen« zu verlangen. Frieden ohne Annexionen und Kontributionen! – das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem sämtliche Staatsregierungen auf beiden Seiten der Front noch unentwegt knüpften. Die Losung, von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz [1915] in Einsamkeit angenommen, entstieg jetzt den Arbeiterhirnen und zündete auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Gerade die Alternative Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen im Revolutionsjahr 1917 insgesamt vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Vor allem die Brussilow-Offensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Juli, war der mentale Wendepunkt, seitdem eine revolutionär-demokratische Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. »Alle Macht den Sowjets!« hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten – sich mehr und mehr abwendend von regierungstreuen Menschewiki und Sozialrevolutionären, zumindest in Petrograd, Moskau und weiteren Städten unter den Einfluß der Bolschewiki geratend.

Die Situation war seit den Tagen der Februarrevolution im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Rußland war von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern ganz unerlaubt blieben. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme waren in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen geschritten, zur Bildung von unzähligen Komitees und den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten – von basisdemokratischen Volksvertretungen. Diese waren nach Geist und Erscheinungsformen keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus. Sie waren vergleichbar mit den auf Volkssouveränität basierenden Verbündnissen des revolutionären Demokratismus früherer Revolutionen seit 1789.

Mit Recht betont daher der russische Geschichtsschreiber R. A. Medwedew die Bedeutung der Februarrevolution im Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: »Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses, der das Jahr 1917 in Rußland bestimmte.«⁷ P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow, die akademischen Koordinatoren der heutigen russischen Revolutionshistorio-

7 R. A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, in: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, hrsg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 35.

graphie, ergänzen diese Gesamtschau durch eine betonte Wertung der Februarrevolution unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der ›bolschewistische‹ Oktober, sondern der ›demokratische‹ Februar als der kritische Punkt im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]«. ⁸ Der Februar habe für das Volk einen sofortigen, realen Gewinn gebracht: den Sieg der Idee der »Gerechtigkeit«, die hinfort von einer neuen und volksnahen Politik ausgefüllt werden mußte.

Von den Versammlungen und den Vertretungskörpern dieser sich organisierenden Massen wurden unabdingliche Ansprüche gestellt und vollendete Tatsachen geschaffen. Sie widersprachen zumeist den Zielen der wechselnd amtierenden Staatsregierungen und der Bourgeoisie – und spiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18 wider. Der Ruf »Schluß mit dem Krieg!«, die Massenforderung und verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, auch zur Befehlsverweigerung und millionenfachen Desertion, wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen beantwortet. Auf den Ruf »Der Boden den Bauern!«, nächst der Antikriegsforderung die verbreitetste Losung der größten Bevölkerungsmasse Rußlands und bereits verwirklicht durch selbsttätige Konfiskationen von Land, Saatgut, Gerätschaften der Großgrundbesitzer, reagierte die Regierung mit dem Einsatz von Kosakenschwadronen. Auch die Fabrikkomitees und die Gewerkschaften der Arbeiter, mit ihrem Verlangen nach achtstündigem Arbeitstag, besseren Löhnen, Produktions- und Absatzkontrolle gegen spekulierende Unternehmer, waren den Eigentümshütern ein Dorn im Auge. Und weil schließlich noch die Nationalvertretungen Finnlands, der Ukraine, des Baltikums, der Regionen des Südens ihre kulturelle Autonomie oder gar staatliche Unabhängigkeit beanspruchten, sah sich die Regierung genötigt, auf die großrussische Einheit zu pochen. Ihre universelle Anweisung lautete andauernd, daß auf die gesetzgebenden Beschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« zu warten sei – wobei aber die Wahlen wegen der Unruhe des Landes ebensooft verschoben wurden.

So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs Kerenski im Herbst 1917 zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Sie war nach »links« gegen die »Anarchie« der Massen gerichtet und drohte, nach den Wahlen und dem Zusammentritt der Konstituante die Sowjets aufzulösen, während sie von »rechts« durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow, bedroht wurde. Und bei alledem standen die Armeen der Deutschen und Österreicher tief im russischen Land. Sie rückten über das Baltikum näher und näher nach Petrograd vor – nachweislich herbeigewünscht von Offizierscliquen und Besitzbürgern, die den äußeren Feind für ein geringeres Übel als die Revolution hielten.

Selten in der Historie war ein »Deus ex machina« so gefragt wie

8 P. W. Wolobujew /W. P. Buldakow: Oktoberrevolution - neue Forschungszugänge, ebenda, S. 52.

jetzt. Und es gab ihn! Er kam nicht aus den Reihen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die auf das künftige Parlament setzten und deren gemäßigte Repräsentanten bereits als Minister in der zunehmend verachteten Koalitionsregierung saßen. Als handlungsfähig erwies sich einzig jene Parteiströmung, die sich als ein »bewußter Vortrupp« der arbeitenden Klasse auffaßte, die mit unterschiedener Agitation gegen Kapitalisten, Großgrundbesitzer, bürgerliche Regierung kämpfte und deren paramilitärische Schlagkraft auf einem zentralistischen, in Zukunft keineswegs unproblematischen Führungsstil beruhte: die Bolschewiki unter dem geistigen Gewicht Lenins und Trotzki. Mit der proletarischen Roten Garde und dem Beistand einer revolutionär gesinnten Soldatenmasse wagten sie den Petrograder Oktoberaufstand genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Allrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und der Soldaten im Smolny versammelten.

Der Aufstand war kein formal-demokratisch beglaubigter Vorgang, den die Deputierten etwa beschlossen hätten. Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des erneuten Machtvakuumms erste grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee bereits den Regierungssturz. Es souffierte den »Bürgern Rußlands« in Zeitung und Flugblättern sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer Regierung im Namen der Sowjets. Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Auf den ersten Blick mochte sich die Frage stellen, ob diese Orientierung nur die konsequente Zuendeführung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigte, ob also die Bolschewiki [um in historischer Analogie zu denken] die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 übernahmen. Doch wenige Stunden danach, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der nunmehr von Lenin dominierte Petrograder Stadtsowjet das gesellschaftliche Ziel der Oktoberrevolutionäre: Die von der Revolution zu schaffende Sowjetregierung, die sich allein auf das »städtische Proletariat« und die »ganze Masse der armen Bauernschaft« gründe, werde »unbeirrt zum Sozialismus schreiten« – »dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen«. Zuvor hatte Lenin die kommende Sowjetregierung ein Machtorgan »ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie« genannt, die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats gefordert, die Solidarität der schon unruhigen Arbeiter Italiens, Englands, Deutschlands versprochen und die baldige sozialistische »Weltrevolution« angekündigt. Er hatte von der wichtigsten aller Aufgaben gesagt: »Um aber diesen Krieg zu beenden, der mit der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung eng verknüpft ist, muß man – das ist allen klar – das Kapital selbst niederringen.«⁹

9 W. I. Lenin: Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: Werke, Bd. 26, S. 228-231.

Im Hintergrund der revolutionären Aktivitäten schmorte nun der Allrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die gemäßigten Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre solange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen, die meisten Minister verhaftet und die genannten Parteigrößen frustriert genug waren, um mit demonstrativem Protest den Kongreß zu verlassen: »Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.« Jedoch der anwesende Sozialrevolutionär S. D. Mstislawski berichtet, daß »an der Basis die Stimmung der Parteimassen ohne Zweifel linker war als bei den im Februartaumel erstarrten Führungsschichten [...]«. ¹⁰ Was zuletzt im Saal verblieb und die Beschlüsse des Oktoberaufstands durch Abstimmung besiegelte, waren immerhin 625 Deputierte, darunter 390 Bolschewiki, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend dieses 26. Oktobers [8. Novembers] 1917 schlug dann Lenins historische Stunde. »In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn [...]. Führer nur dank der Überlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnachgiebig. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfachste Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben«, so schildert ihn der US-amerikanische Augen- und Ohrenzeuge John Reed in seinem weithin bekannten Buch ¹¹ – neben den Berichten von Mstislawski und N. N. Suchanow ¹² noch heute eine reichhaltige Quelle für den II. Sowjetkongreß, die Tage davor und danach. »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.« Mit diesem Satz begann Lenin die Verlesung des »Dekretes über den Frieden«.

Der heutige Leser, der das Dokument in Lenins »Werken« findet ¹³, kann sich kaum der historischen Tatsache verschließen, daß der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen über einen »gerechten, demokratischen Frieden« aufzunehmen, eine Botschaft war, die in der bisherigen Weltgeschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen Gerechtigkeit und Demokratie sollte ein »Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen« sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Bestimmung des Begriffs der »Annexion«, wie sie noch heute und zukünftig taugen möchte. Es war selbstverständlich, daß die Geheimdiplomatie, die sekretären Regierungsabsprachen, überdies sämtliche bisherigen »Annexionen der Großrussen« sofort und bedingungslos als ungültig erklärt wurden. Für alle Nationen und Völker – gleich, ob sie »in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern« lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung eingefordert.

War dieser größere Textteil an die Völker und Regierungen gerichtet, wobei die Bereitschaft erklärt wurde, auch deren eigene Friedensbedingungen zu erwägen, so wandte sich das Dekret doch am Schluß an ganz besondere Adressaten: die »klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und

10 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongreß, in: Die Russische Revolution, a. a. O., S. 392-395.

11 John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957, S. 180-181.

12 N. N. Suchanow: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hrsg. v. N. Ehlert. Vorw. v. I. Fetscher, München 1967.

13 Lenin: Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917 und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S. 239-242.

der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands«. Die geschichtlichen Verdienste der englischen Chartisten, der französischen Arbeiterrevolutionäre, der deutschen Sozialdemokraten im Kampf gegen Bismarcks »Sozialistengesetz« erinnernd, sprach das Dekret vor aller Öffentlichkeit die Erwartung der alsbaldigen »Weltrevolution« aus: » ... daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen«.

Lenins erläuternde Gedanken, die nicht im Dekret geäußert wurden, sagten trotz geschichtsoptimistischer »Endzeit«-Betrachtung einen schweren Kampf voraus: »Die Regierungen und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zu vereinen und die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken.« Am Ende aber würden »Frieden und Sozialismus« den Charakter der soeben beginnenden neuen Epoche bestimmen.¹⁴ – Nach vollzogener Diskussion sprach Lenin sodann ein »Schlußwort«. Darin findet sich ein Gedanke, den wir festhalten möchten, weil er bezeugt, wie die Bolschewiki in der Stunde der großen Deklarationen noch ihre Achtung vor den Volksmassen gelobten: »Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun.«¹⁵ Dies war das anfängliche Anerkenntnis einer volkhaften Demokratie, der aber die Bolschewiki, sobald sie Staatspartei wurden, nicht die Treue hielten. Um einen historischen Vergleich zu wagen: Der 26. August 1789 mit seiner Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte und der 26. Oktober 1917 mit seiner Botschaft des Friedens und der Volks-Demokratie erscheinen gleichsam als »Sternstunden der Menschheit«. Aber ihre idealen Verheißungen wurden verdüstert durch die nachfolgenden, realen Abfälschungen und Enttäuschungen, wofür exponierte Sachwalter des Kapitalismus und des »Real-Sozialismus« in der historischen Verantwortung stehen.

Der II. Allrussische Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, seit Jahren schon von den Sozialrevolutionären vertretene »Dekret über den Grund und Boden«.¹⁶ Es sollte jetzt »die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen«, die begonnen hatten, in Aufständen gegen die Regierung Kerenski, die Großgrundbesitzer und die in der Regierungskoalition nach rechts abgeschwenkten Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zu rebellieren. »Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben«, lautet Artikel 1. Diese Konfiskation galt auch für Kron-, Kloster- und Kirchenländereien. Das beschlagnahmte Eigentum sollte einstweilen der Verfügungsgewalt bäuerlicher Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten unterstehen – bis die Konsti-

14 Ebenda, S. 242-243.

15 Lenin: Schlußwort zur Rede über den Frieden, ebenda, S. 246.

16 Dekret über den Grund und Boden, ebenda, S. 249.

tuierende Versammlung ganz Rußlands endgültige Gesetze beschließen würde.

Das Dekret formulierte eine revolutionär-demokratische Lösung der Agrarfrage, die das Bodeneigentum der Bauern akzeptierte und eine noch weitere bürgerlich-bäuerliche Eigentumsbildung der »einfachen Bauern und der einfachen Kosaken« ermöglichte. Doch die Linken Sozialrevolutionäre und die Bolschewiki favorisierten als »gerechteste Lösung« solche Prinzipien, die den Sozialismus erstrebten. Deshalb wurde dem Text des Dekrets ein »Bäuerlicher Wählerauftrag« beigegeben: Das »Privateigentum am Grund und Boden« sei »für immer« aufzuheben, der gesamte Boden zum »Gemeineigentum des Volkes« zu machen, alle Bodenschätze, Wäldungen und Gewässer von größerer Bedeutung in die »ausschließliche Nutzung des Staates« zu überführen und das »Recht der Bodennutzung« allen Staatsbürgern, »die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie, oder genossenschaftlich bearbeiten wollen«, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zuzusprechen. Lohnarbeit hingegen sollte nicht erlaubt werden.¹⁷

Den Bolschewiki war bewußt, daß die Majorität der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abermals zu einer volksfreundlichen Schlußbemerkung: »[...]Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst es besser als wir verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre – das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.«¹⁸ Auch dieses war ein momentanes Zugeständnis, das der »bewußte Vortrupp«, die Staatspartei Lenins und späterhin Stalins, auf die Dauer nicht einlöste.

Das dritte Dekret des Kongresses beinhaltete den »Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung«: ausdrücklich deklariert als ein Provisorium »zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung« und bezeichnet als »Rat der Volkskommissare«.¹⁹ Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden – nach bürgerlichen Begriffen: des Ministerpräsidenten – anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiki, der seit seinen »April-Thesen« die Gegenmeinungen in der Partei zurückgedrängt und bei den entscheidenden Beschlüssen seine Dominanz immer wieder durchgesetzt hatte.

Das also war das unmittelbare Ergebnis des Petrograder Aufstands, der ein Dreivierteljahrhundert lang mit dem Diktum »Große Sozialistische Oktoberrevolution« erinnert, gefeiert und verabsolutiert worden ist. In Wirklichkeit erfüllte diese neue, sich selbst als »provisorisch« bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution: Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waf-

17 Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, ebenda, S. 249-252.

18 Lenin: Rede über die Bodenfrage, 26. Oktober (8. November) 1917, ebenda, S. 252-253.

19 Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, ebenda, S. 254-255.

fenstillstand mit Deutschland und seinen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der traditionalistischen Stände, die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. – Dagegen stießen die Regierungsbeschlüsse über die Arbeiterkontrolle der Produktion sowie die Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze tatsächlich das Tor zum Sozialismus auf.

Bei Ausübung der Regierungsgewalt waren Lenin und seine bolschewistischen Mitstreiter nicht mehr so »frei« wie zuvor als radikale Oppositionspartei. Jetzt standen sie im Koalitionszwang mit den Linken Sozialrevolutionären und mehr noch unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten, die mehr oder weniger von »Sozialisierung«, sogar von »Sozialismus« sprachen, ohne aber die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Während die zum Kommunismus strebende Avantgarde das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte, wollten viele der besitzlosen Bauern und Landarbeiter endlich ein persönliches Eigentum an Grund und Boden haben. Während die Leninisten trotz ihrer Friedensbemühungen an die sehr wahrscheinliche Notwendigkeit denken mußten, das sich erneuernde Rußland gegen die innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen, strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung gegenwärtig zu sein. Während dieselbe Avantgarde, der »bewußte Vortrupp« also, gerade im Industrieproletariat den missionarischen Träger für Sozialismus und Kommunismus erblickte, waren die Arbeiter nur ein sehr kleiner Bruchteil der Gesamtbevölkerung, und viele mochten das soeben gewonnene Recht, ihre Vertreter zu wählen und abzuwählen, nicht der bolschewistischen »Klassendisziplin« opfern. Und schließlich waren die politischen Führungskräfte, die in Finnland und den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung in Anspruch nahmen, keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu Konflikten führen.

Das Ereignis, das die verschiedenen Revolutionäre des Jahres 1917 – die gemäßigten Verfechter der bürgerlich-demokratischen »Freiheit« einerseits und die radikalen Klassenkämpfer der auf soziale »Gleichheit« gerichteten Emanzipation aller Werktätigen andererseits – vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. [18./19.] Januar 1918. Es war das Geburts- und Sterbedatum der so lange verheißenen Konstituierenden Versammlung. Als nämlich die Fraktion der Bolschewiki, die aufgrund der vorjährigen Wahlverhältnisse nur ein Viertel der Abgeordnetensitze besaß, die »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« zur Beratung vorschlug, jedoch von der parlamentarischen Majorität eine Abweisung hinnehmen mußte, reagierte die amtierende Revolutionsregierung: Sie beschloß die sofortige Auflösung der gewählten Konstituante und ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen. Seit vielen Wochen schon hatte Lenin als ein entschiedener Verneiner des Parlamentarismus seine Genossen auf diesen Coup ein-

geschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß im Gesamtprozeß der Russischen Revolution die bürgerliche Revolution geendet und der historische Versuch einer sozialistischen Revolution tatsächlich begonnen hatte.

Der Kommentar Lenins, des Treibers der Geschehnisse, lautete: »[...]Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.« Er fügte in rigoroser Voraussicht hinzu: »Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist.«²⁰ Wir bemerken das Anerkenntnis des revolutionären Radikalismus, die Entschlossenheit zum äußersten Risiko – und also auch die humanpolitische Fragwürdigkeit dieser Voraussage. Was hier aber ebenfalls interessieren sollte, ist der Widerspruch des Leninschen Kommentars zu jenen späteren Geschichtsdeutern, die ihre Sichtweise auf die bloße Machtergreifung fokussieren und daher die Entscheidung der sozialistischen Revolution in Rußland bereits auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datiert haben. Lenin selbst aber sah sich zu dieser Zeit als noch immer »im Entwicklungsprozeß der Revolution« befindlich.

Das provoziert zum Schluß die Frage: Wann und womit denn die Russische Revolution mitsamt ihrer Kulmination, der »sozialistischen Etappe«, nicht nur die bolschewistische Macht hervorgebracht, sondern selbst auch tatsächlich geendet hat? Die immer noch geäußerten Behauptungen von der eindeutigen »Interessengleichheit zwischen Bolschewiki und Volksklassen« oder von der »unblutigsten Revolution der Geschichte« können nach Beantwortung dieser Frage schwerlich aufrecht erhalten bleiben. Die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges waren ein immanenter Bestandteil der Revolution. Der Historiker Medwedew weist nachdrücklich über die bolschewistische Machtergreifung hinaus: auf den Zusammenprall von Bolschewiki und Bauernmassen und nicht zuletzt auf den eigenen Schuldanteil des neuen Regimes an Ausbruch und Austrag des Bürgerkrieges.²¹ Die schon genannten Akademiker Wolobujew und Buldakow sehen den Prozeß der Russischen Revolution ebenfalls vom Februar 1917 bis weit über die Machtergreifung der Bolschewiki hinausgreifend: »Der eigentliche Umbruch im Verlauf der russischen Krise erfolgte nicht im Oktober 1917, sondern vom Oktober 1917 bis Sommer 1918, nachdem die Masse der Bevölkerung den versprochenen Grund und Boden erhalten hatte und nun auf die gefestigte neue Macht traf.«²² Der Oktoberaufstand allein kann nicht schon die ganze »Sozialistische Revolution« gewesen sein!

Blickt man vergleichsweise auf die Große Französische Revolution, so fällt es niemandem ein, sie auf 1789 zu begrenzen. Vielmehr bilden in den widerstreitenden Ansichten der Historiker die Jahre 1791 oder 1794/95 oder 1799 eine abschließende Zäsur der Revolutionsgeschichte und der ihrer Zeit entsprechenden politisch-

20 Lenin: Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, ebenda, S. 438 und 439.

21 Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution, a. a. O., S. 42-47.

22 Wolobujew /Buldakow: Oktoberrevolution - neue Forschungszugänge, a. a. O., S. 52.

sozialen Resultate. Verfassungserlaß, Bürgerkrieg und revolutionäre Vaterlandsverteidigung, abschließliche Ausgestaltung von Staat und Recht sind in den unmittelbaren Revolutionsprozeß einbezogen. Die Frage des Endes und der Resultate der Russischen Revolution müßte daher ebenfalls neu diskutiert und beantwortet werden. Wo immer dann die Zäsur gesetzt würde: Die Entmündigung der basisdemokratischen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der sozialistischen Parteiposition bleibt – noch zu Lebzeiten Lenins – ein höchst problematisches Resultat der 1917 begonnenen, mit volksrevolutionären Verheißungen gesteigerten, schließlich aber die Kräfte des Volkes verschleißenden Revolution. Und wenn nach dem Sieg über die innere und äußere Konterrevolution bekanntermaßen die NÖP ein Ausdruck der ökosozialen Verhältnisse Rußlands war, so ist wohl auch zu fragen, ob ebendieses unmittelbare, wenn auch vorübergehende Revolutionsresultat den noch heute im Schwange befindlichen Begriff von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« rechtfertigen kann. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte scheint im Traditionsverständnis mancher Sozialisten und Kommunisten nach wie vor problematisch zu sein.

Die Geschichtsforschung und -schreibung vermag allzeit gültige und einhellige Meinungen wohl niemals vorzustellen. Doch sie sollte nach 80 Jahren der Russischen Revolution dazu anregen, den seit jeher heiß umstrittenen und auch dogmatisch verzerrten Gegenstand auf neue Weise zu prüfen – was denn auch heißt, daß die Wissenschaft der Revolutionsgeschichte zu neuen Ufern historischer Analyse und Interpretation aufbrechen müßte.

Empfehlung neuer Literatur:

Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, F. Schöningh Verlag Paderborn-München-Wien-Zürich 1997, 605 S.

Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer [Hrsg.]: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und seine Folgen, VSA Verlag Hamburg 1997, 259 S.

Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz [Hrsg. u. Edit.]: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, Dietz Verlag Berlin 1997, 447 S. [mit 123 ins Dt. übertr. Dokumenten].